

Rede des Generalsekretärs der CDU Deutschlands,
Ronald Pofalla MdB,
anlässlich des 22. Landesparteitags der CDU Thüringen
am 16. Juni 2007 in Saalfeld

Es gilt das gesprochene Wort!

Gliederung

I.	Begrüßung: Das neue Grundsatzprogramm der Thüringer CDU	3
II.	Der CDU-Landesverband Thüringen und die Grundsatzprogrammdiskussion	5
III.	Die Leitidee des Entwurfs: Frei und sicher leben in der Chancengesellschaft.....	6
1.	Freiheit.....	6
2.	Sicherheit	8
3.	Chancengesellschaft	10
IV.	Was wir mitnehmen in das neue Grundsatz-Programm	14
V.	Die neuen Herausforderungen	15
1.	Die bedrohte Schöpfung.....	16
2.	Die globalisierte Welt.....	16
3.	Die Anforderungen der Wissensgesellschaft.....	17
4.	Die gefährdete Sicherheit.	17
5.	Der demographische Wandel.	18
VI.	Schluss.....	18

I. Begrüßung: Das neue Grundsatzprogramm der Thüringer CDU

Anrede,

Ich freue mich sehr, heute bei Ihnen zu sein und grüße die Christlich Demokratische Union in Thüringen!

Ich freue mich auch, Ihnen die besten Grüße und Wünsche unserer Parteivorsitzenden und Bundeskanzlerin für den heutigen Landesparteitag übermitteln zu können!

Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht. Aber ich denke besonders in diesen Tagen nach dem G-8-Treffen in Heiligendamm, dass wir als CDU sehr stolz auf unsere Vorsitzende sein können. Sie hat viel erreicht für unser Land!

Anrede,

das ist heute ein Tag im Zeichen des Grundsätzlichen!

Sie verabschieden Ihr neues Grundsatzprogramm. Sie behandeln Leitanträge zum Solidarischen Bürgergeld und zu Heimat und Patriotismus – auch das sind ja sehr grundsätzliche und wichtige Themen.

Und ich kann Ihnen berichten über den Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm der CDU Deutschlands, den unsere Programmkommission verabschiedet hat.

Lassen Sie mich aber die Gelegenheit nutzen, zunächst Dieter Althaus ganz herzlich zu danken! Nicht nur für seinen erfolgreichen Einsatz als Ministerpräsident Thüringens und als Landesvorsitzender der CDU.

Auch und ganz besonders für seine Arbeit als stellvertretender Vorsitzender der Grundsatzprogrammkommission der Bundes-CDU.

Lieber Dieter: Du hast dich wirklich intensiv in das neue Grundsatzprogramm eingebracht. Es enthält viel Dieter Althaus und damit auch viel Thüringen! Ganz herzlichen Dank dafür!

Liebe Freunde,

wenn ich in Ihrem eigenen Programmentwurf lese, dann spüre ich, was das heißt: zu einer gemeinsamen politischen Familie zu gehören! Ich fühle mich zu Hause in Ihrem Text!

- Sie betonen die Aktualität des christlichen Menschenbildes.
- Sie interpretieren die Grundwerte, wie wir es für die CDU Deutschlands getan haben: Gerechtigkeit vor allem als Chancen- und Teilhabegerechtigkeit; Solidarität als Hilfe zur Selbsthilfe.
- Sie wollen Familien stärken und fördern, unabhängig davon, wie sie ihr Leben zwischen Beruf und Erziehung organisieren.
- Sie legen großes Gewicht auf die Bildung als Schlüssel für Lebenschancen.
- Sie entwerfen das Bild einer lebendigen und engagierten Bürgergesellschaft mit Ehrenämtern, Vereinen, Stiftungen, Kirchen und Religionsgemeinschaften.
- Sie nehmen die Generationengerechtigkeit ernst und folgern aus ihr ein Neuverschuldungsverbot und Nachhaltigkeit als Grundprinzip der Politik.

Mit alledem zeigen Sie: Die Thüringer CDU hat eine feste Wertegrundlage und steht zugleich mitten im Leben!

Sehr gelungen finde ich auch, wie Sie die „Heimat Thüringen“ beschreiben: Zuerst Natur, Geschichte, Kultur und Brauchtum vor Ort, dann Thüringen in Deutschland, zuletzt „Thüringen im Herzen Europas“. Das ist ein wunderbarer Identitäts-Dreiklang!

Die CDU Thüringen hat mit diesem Entwurf ihre programmatische Kraft eindrucksvoll unter Beweis gestellt!

II. Der CDU-Landesverband Thüringen und die Grundsatzprogrammdiskussion

Auch wir in unserer Programmkommission haben von dieser Kraft profitiert. Sie haben Vieles beigetragen zum bisherigen Diskussionsprozess um den Programmentwurf.

Sie haben Gesprächsforen mit hochkarätigen Diskussionen veranstaltet, zu denen Sie Mitglieder unserer Programmkommission zu Gast hatten.

Die Programmbeauftragten in den Kreisverbänden haben Gespräche organisiert. Viele Anregungen wurden gegeben und konstruktive Kritik geübt an den vorläufigen Papieren, die wir immer wieder zu allen Themen aus der Programmkommission in die Partei gegeben haben.

In der Kommission ist die CDU Thüringen prominent vertreten gewesen. Dieter Althaus habe ich bereits gedankt. Er wird nun auch die Leitung der Arbeitsgruppe „Bürgergeld“ der Bundes-CDU übernehmen.

Mein Dank geht aber auch an die anderen Thüringer in der Grundsatzprogrammkommission: Dagmar Schipanski und Christine Lieberknecht, Mike Mohring und Antje Tillmann haben engagiert diskutiert und die Arbeit der Kommission mit ihrer politischen Statur und mit ihrem Sachverstand sehr bereichert.

Und ich darf auch Bernhard Vogel zu den Thüringern zählen! Bernhard Vogel war der weise alte Herr unserer Kommission: jederzeit beeindruckend im höflichen und freundlichen Stil wie in der Fundiertheit und Überzeugungskraft seiner Beiträge.

Er hat die Arbeitsgruppe zur Identität der CDU geleitet und uns eine gestraffte und polierte Formulierung unserer Grundwerte übergeben. Bernhard Vogel – ich danke Ihnen sehr herzlich!

Wie geht es nun weiter mit dem Entwurf? Nach meinen Diskussionen mit allen Landesvorständen und Bundesvorständen der Vereinigungen wird der Bundesvorstand der CDU am 1./2. Juli über den vorliegenden Entwurf abstimmen.

Im August werde ich eine DialogTour durch Deutschland starten.

Anfang September wird in Hanau der 2. Kongress zu unserem Grundsatz-Programm stattfinden.

Dann folgen fünf Regional-Konferenzen mit unserer Bundesvorsitzenden, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und das übliche Antrags-Verfahren zum Bundes-Parteitag. Der wird am 3./4. Dezember in Hannover abschließend entscheiden.

Sie sehen, die Diskussion ist keineswegs beendet. Im Gegenteil. Vor uns liegen viele spannende Debatten. Ich lade Sie herzlich ein: Beteiligen Sie sich weiter so engagiert und zahlreich an der Diskussion!

III. Die Leitidee des Entwurfs: Frei und sicher leben in der Chancengesellschaft

Anrede,

Unsere Leitidee im Grundsatzprogramm lautet: „Frei und sicher leben in der Chancengesellschaft“.

Freiheit, Sicherheit und Chancengesellschaft – diese drei Begriffe sind für uns zentral.

1. Freiheit

Die CDU ist die Partei der Freiheit. Das ist auch ein entscheidendes Abgrenzungs-Merkmal zur SPD. Ein derartiges Freiheits-Bekenntnis werden sie dort nicht finden.

Aus unserem Freiheitsverständnis leiten wir die Prinzipien Eigenverantwortung, Subsidiarität – der Vorrang der kleinen Einheiten - und Wettbewerb ab.

Wir stehen für eine neue Dimension von Freiheit. Denn wir vertrauen in die Kraft der Menschen, aus ihrem Leben etwas zu machen, wenn man sie denn lässt.

Das bedingt an einigen Stellen, dass der Staat sich zurücknimmt. Wir müssen nicht jedes noch so kleine Detail gesetzlich regeln!

Dazu gehört den Betrieben vor Ort mehr Freiräume für eigenverantwortliche Entscheidungen zu eröffnen, damit sie flexibel auf neue Anforderungen reagieren können. Das stärkt Betriebe und Arbeitsplätze.

Wir wollen den Schulen mehr Verantwortung übertragen. Sie wissen vor Ort besser, was zu tun ist, als der beste Beamte in einem Ministerium. Deswegen sollen sie bestimmen, wen sie als Lehrer einstellen.

Wir wollen ein einfaches Steuersystem mit niedrigen Sätzen, das den Bürgern mehr Freiraum für eigene Entscheidungen lässt!

Mehr Freiheit heißt aber nicht immer weniger Staat. Wir stehen für einen schlanken, aber starken Staat. Einen Staat der Freiheit sichert. Dazu muss er manchmal auch mehr Verantwortung übernehmen.

Wir brauchen einen starken Staat für schwache Eltern. Da, wo Eltern mit der Erziehung ihrer Kinder überfordert sind, muss der Staat helfen, um die Chancen der Kinder zu erhalten.

Wir wollen mehr Freiheit in den Familien, nämlich Wahlfreiheit für junge Mütter und Väter. Dazu gehört, dass der Staat mehr tut, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern.

Deshalb fordern wir sowohl den Kindergarten-Besuch mittelfristig beitragsfrei zu stellen, als auch das Ehegatten-Splitting zu einem Familien-Splitting zu erweitern.

Diese Ausgewogenheit, die beide Lebensentwürfe respektiert und fördert, ist für uns zentral.

2. Sicherheit

Freiheit ist die eine Seite der Medaille, Sicherheit die andere.

Kein Fallschirmspringer würde ohne seinen Fallschirm springen. Denn er gibt ihm – bei aller Freiheit – die Sicherheit, dass er gut ankommt.

Darum geht es uns: Den Menschen die Chance zu geben, ihre Freiheit zu nutzen und ihnen trotzdem ein Höchstmaß an Sicherheit zu bieten.

Dabei gehen wir von einem umfassenden Sicherheitsbegriff, einer neuen Dimension von Sicherheit, aus.

Dazu gehört im Integrationsland Deutschland die Übereinkunft darüber, was die Grundlagen unseres Zusammenlebens sind.

Jeder in Deutschland muss sicher sein können, dass alle hier Lebenden akzeptieren, dass Frauen und Männer gleichberechtigt sind.

Zwangsverheiratungen sind absolut inakzeptabel. In Deutschland gilt das Grundgesetz, nicht der Koran. Die kruden Urteile dazu in der letzten Zeit waren unmöglich!

Wir bekennen uns zur Leitkultur in Deutschland. Sie umfasst unserer Auffassung: Patriotismus, das Bekenntnis zur Nation, die Werte des Grundgesetzes, die Verantwortung aus unserer Geschichte und die gemeinsame Sprache.

Sie verbindet uns über alle Unterschiede hinweg und gilt – das sage ich ausdrücklich und mit Bedacht – für Deutsche und Zugewanderte gleichermaßen.

Ein Leben in Sicherheit fordert von uns neue Anstrengungen zur Bewahrung der Schöpfung. Ich bin stolz, dass die CDU hier eine Vorreiterrolle einnimmt.

Wir haben uns ehrgeizige Ziele gesetzt: Wir wollen die Treibhaus-Gase bis 2020 um 30 Prozent reduzieren und den Anteil der erneuerbaren Energien im gleichen Zeitraum auf 20 Prozent steigern.

Diese Ziele können wir nur erreichen, wenn wir sichere Kernkraftwerke in Deutschland weiter laufen lassen. Das gehört zur Ehrlichkeit dazu. Wir sagen ganz klar, wir brauchen die Atomkraft als Brückentechnologie. Alles andere ist hochgradig unseriös!

Eine neue Dimension von Sicherheit umfasst die innere und äußere Sicherheit: Nach dem 11. September 2001 können Sie innere und äußere Sicherheit nicht mehr voneinander trennen!

Und weil das so ist, muss die Bundeswehr bei besonderen Gefährdungs-Lagen im Inneren eingesetzt werden können. Mit einem Polizeiauto können sie sich nicht vor Terrorpiloten schützen!

Eine neue Dimension von Sicherheit – das gilt auch für die soziale Sicherheit.

- Wer krank wird, muss sicher sein, dass er die bestmögliche Behandlung bekommt.
- Wer sein Arbeitsleben beendet hat, muss sicher sein, dass er eine anständige Rente erhält.
- Wer arbeitslos wird, muss sich auf die Solidarität der Gesellschaft verlassen können. Deshalb gilt: wer länger in die Arbeitslosenversicherung einzahlt, muss in der Notlage auch länger unterstützt werden!

Konkret heißt das für die Sozialsysteme: Mehr Eigenverantwortung? Ja. Weniger Solidarität? Nein.

Das heißt bei der Pflege: Kapitalstock statt Umlagesystem, plus Dynamisierung der Pflegeleistungen.

Das heißt bei der Rente: Festhalten am Generationenvertrag plus mehr Flexibilität für die Versicherten z.B. bei der beruflichen Altersvorsorge.

3. Chancengesellschaft

Das dritte Element unserer Leitidee ist die Chancen-Gesellschaft.

Darin bringen wir Freiheit und Sicherheit, die Balance von Entfaltung und Verantwortung zusammen. Denn für uns ist Freiheit ohne Sicherheit nicht vorstellbar, aber auch Sicherheit ohne Freiheit nicht.

Jeder kann sicher sein, dass er Freiräume findet, etwas für sich zu erreichen.

Und jeder kann sicher sein, dass die Gesellschaft sich mitverantwortlich dafür fühlt, dass er seinen Weg ins Leben findet, dass immer wieder neu Chancen zur Teilhabe geboten werden.

Nun wissen wir alle, dass es Menschen gibt, die aus unterschiedlichen Gründen nicht von vornherein stark genug sind, ihre Chancen und Freiräume zu nutzen. Deshalb verpflichtet sich die Chancen-Gesellschaft diejenigen zu stärken, die weniger glücklich gestartet sind. Und Türen zu öffnen, die bislang verschlossen schienen.

Ein konkretes Beispiel dafür ist die Bildungs-Politik, die in unserem Programm einen zentralen Raum einnimmt. Wir sagen, jeder muss die Chance haben, Aufstieg durch Bildung zu schaffen.

Denn die Herkunft darf nicht die Zukunft bestimmen. Deshalb wollen wir mehr und bessere Bildungs-Chancen bieten. Zum Beispiel durch ein gegliedertes Schulsystem und Bildungshäuser, in denen Kindergärten und Grundschule verzahnt werden.

Beispiel Berufs-Ausbildung: Wir sagen, es muss zu jedem *Abschluss* einen *Anschluss* geben. Wir wollen zusätzliche Einstiegs-Chancen für leistungsschwächere Jugendliche, die zu Qualifikationen führen und Ausbildungs-Anschlüsse offen halten. In den vergangenen 12 Monaten wurde die Jugendarbeitslosigkeit um 25% gesenkt. Wir sind auf dem richtigen Weg!

Beispiel Staatshaushalt: Wir wollen, dass auch künftige Generationen die Chance haben, selbst zu entscheiden, wie sie leben wollen. Dass sie Handlungs-Freiheit haben und nicht die Schulden, die wir heute machen, die Politik von morgen bestimmen.

Deshalb fordern wir aus Verantwortung für kommende Generationen ein grundsätzliches Neuverschuldungs-Verbot der öffentlichen Hand. Es muss Schluss sein mit einer leichtfertigen Politik zu Lasten späterer Generationen!

Beispiel: Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft. Ludwig Erhards Formel „Wohlstand für Alle“ ergänzen wir um die Formel „Chancen für Alle“.

Ich will Ihnen auch ganz klar sagen, was nicht zu mehr Sicherheit am Arbeitsmarkt führen wird: ein einheitlicher gesetzlicher Mindestlohn.

Wir haben *nicht nur eine* unabhängige Studie vorliegen, die unsere Befürchtung bestätigt:

Ein einheitlicher gesetzlicher Mindestlohn würde Beschäftigungs-Chancen gerade für diejenigen verbauen, die er zu schützen vorgibt!

Er würde Hunderttausende Jobs von Geringverdienern kosten – gerade in Ostdeutschland. Niemand weiß das besser als Sie!

Die Service-Kraft in einer kleinen Pension in Eisen-Hüttenstadt oder Gotha arbeitet nicht unter den gleichen Rahmen-Bedingungen wie der Angestellte im noblen Hotel Atlantik in Hamburg.

Die Situation in einem Friseur-Betrieb in Gera ist eine andere als die in München.

Das Leben in Deutschland ist nicht überall gleich. Deshalb kann es auch keine gesetzliche Einheitslösung geben.

Deshalb dürfen wir hier auch nicht mit dem Einheits-Rasenmäher drangehen. Wie die SPD.

Die Folge wäre: Der Staat müsste Arbeitslosigkeit bezahlen statt Arbeit zu belohnen. Das wollen wir nicht.

Richtig ist aber auch: Wir dulden kein Lohndumping. Wir erlauben keine Lohndrückerei. Das gibt es mit der Union nicht. Darauf können sich die Arbeitnehmer in Deutschland verlassen!

Unsere Antwort auf soziale Verwerfungen ist ein Dreiklang:

Erstens: Wir wollen sittenwidrige Löhne per Gesetz verbieten.

Denn es ist etwas ganz anderes, wenn unanständige Löhne durch ein Gesetz untersagt sind oder ob es dazu einzelne Richter-Urteile gibt. Ein Gesetz gegen sittenwidrige Löhne bringt hier Klarheit. Deshalb fordern wir ein gesetzliches Verbot von sittenwidrigen Löhnen in Deutschland.

Zweitens: Wir akzeptieren nicht, wenn es durch ausländische Arbeitnehmer zu einem Lohn-Wettbewerb nach unten in Deutschland kommt. Soziale Verwerfungen durch Arbeitnehmer aus Bulgarien, Rumänien oder von sonst wo, nehmen wir nicht hin.

Deshalb sind wir natürlich bereit, das Arbeitnehmer-Entsendegesetz in den Branchen anzuwenden, in denen es soziale Schief lagen gibt.

Aber auch hier nehmen wir nicht den Einheits-Hammer wie die SPD. Sondern wir handeln dort, wo es nötig ist. Im Gegensatz zur SPD geht es uns nicht um Ideologie, sondern um die Menschen.

Drittens: Und das ist mir besonders wichtig. Wir alle wünschen uns starke Gewerkschaften. Wir alle wünschen uns starke Arbeitgeberverbände. Denn nur dort, wo beide Tarifpartner stark sind, können Tarifverträge abgeschlossen werden.

Wir sind aber auch nicht blauäugig. Natürlich gibt es – leider – immer mehr Regionen und Branchen, in denen die Binde-Kraft der Tarifpartner abgenommen hat oder gar nicht mehr gilt.

Und hier kann es zu Problemen kommen, die wir nicht mehr durch das aktuelle Instrumentarium meistern können.

- Wo es keine Tarifverträge gibt, kann es auch keine Allgemein-Verbindlichkeitserklärung geben.
- Wo keine Tarifverträge sind, greift das Entsende-Gesetz ins Leere.
- Wo Gewerkschaften und Arbeitgeber fehlen, funktioniert das zentrale Prinzip der Lohnfindung in der Sozialen Marktwirtschaft, die Tarifautonomie, nicht mehr.

Deshalb wollen wir genau dort ein Gesetz anwenden, das schon Ludwig Erhard 1952 beschlossen hat.

Das Mindest-Arbeitsbedingungs-Gesetz.

Mit diesem Gesetz holen wir Gewerkschaften und Arbeitgeber wieder mit ins Boot. Sie sollen dort, wo es keine Tarifverträge in einer Branche gibt, gemeinsam mit der Regierung entscheiden, ob und ggf. welcher Handlungs-Bedarf besteht.

Genau das hatte auch der „Vater der Sozialen Marktwirtschaft“ im Auge. Vorrang für die Tarifpartner. Staatliches Eingreifen nur dort, wo Gewerkschaften und Arbeitgeber es allein nicht schaffen, für faire Löhne zu sorgen.

Denn für uns alle ist die Tarifautonomie für ein kostbares Gut. Sie entspricht der christlich-sozialen Leitidee von der Subsidiarität und von der Eigenverantwortung der Menschen.

Ein Gut übrigens, das in den Ländern, die Mindest-Löhne haben, gerade keine große Bedeutung hat!

Auf dieser Linie werden wir zu einer vernünftigen Lösung kommen, wenn unser Koalitionspartner nicht auf seinen beschäftigungsfeindlichen Maximal-Positionen verharret.

IV. Was wir mitnehmen in das neue Grundsatz-Programm

Liebe Freunde,

Mein persönliches Leitmotiv für die Grundsatz-Arbeit lautete: „Prüfet alles, das Gute bewahret“. So sind wir ran gegangen. Wir haben uns alles angeschaut, alles geprüft und sind glücklich, einen so reichen Schatz mitnehmen zu können in das neue Grundsatzprogramm.

Wir nehmen den Bezug auf das christliche Menschenbild mit. Das Bild eines freien und verantwortlichen, eines selbständigen und solidarischen Menschen mit unantastbarer und gleicher Würde.

Das zieht sich – stärker als im 94er Programm, wie ich finde – durch den gesamten Entwurf. Auch das ist ein zentraler Unterschied zur SPD. Dort werden sie nicht ein Wort zum christlichen Verständnis vom Menschen finden.

Für unser Politik-Verständnis ist das fundamental. Christlich demokratische Politik muss nicht nur vor den Wählerinnen und Wählern, sondern letztlich vor Gott verantwortet werden.

Wir nehmen unsere drei Grundwerte mit, die sich gegenseitig bedingen und begrenzen und zwischen denen es kein Hierarchieverhältnis gibt:

... den Grundwert der Freiheit, die wir stärken und ermöglichen müssen.

... den Grundwert der Solidarität, unter Betonung des Prinzips der Subsidiarität: Hilfe zur Selbsthilfe.

... den Grundwert der Gerechtigkeit, verstanden vor allem als Leistungs-Gerechtigkeit und als Chancen-Gerechtigkeit, die auf gerechte Teilhabe zielt.

Keimzelle der Gesellschaft bleibt für uns Ehe und Familie.

Für uns ist Familie dort, wo *„Eltern für Kinder und Kinder für Eltern dauerhaft Verantwortung tragen.“*

Bei der SPD ist Familie dort, wo *„Kinder sind und Lebenspartner oder Generationen füreinander eintreten.“*

In dieser Definition spielt Elternschaft gar keine Rolle mehr. Da wird die Familie zu einer beliebigen Form der Wohngemeinschaft degradiert! Das machen wir nicht mit! Das lehnen wir ab!

Zu unserem programmatischen Schatz gehört die Soziale Markt-Wirtschaft. Die Soziale Markt-Wirtschaft bleibt für uns Wirtschafts- und Gesellschafts-Modell und stand und steht für Wohlstand, Teilhabe und Solidarität.

Sie bringt wirtschaftliche Dynamik und sozialen Ausgleich zusammen. Damit das auch weiterhin gilt, müssen wir sie aber erneuern.

V. Die neuen Herausforderungen

Wenn wir soviel bewahren, warum brauchen wir dann ein neues Grundsatzprogramm?

Das Programm von 1994 ist ganz stark von der Wiedervereinigung geprägt. Damals zeichneten sich die demographische Entwicklung und die Folgen der Globalisierung schon ab, aber sie wurden überlagert durch die große Aufgabe des Zusammen-Wachsens von Ost und West.

Ich erinnere nur daran, dass zu Beginn der 90er Jahre einige Historiker sogar das „Ende der Geschichte“ vorhergesagt hatten. Das war offenkundig Unsinn.

Mit dem Entwurf für das neue CDU-Grundsatz-Programm benennen wir erstmals klar und in einem eigenen Kapitel – dem Kapitel II - die Herausforderungen, vor denen wir stehen. Das sind für mich im Wesentlichen fünf Herausforderungen:

1. Die bedrohte Schöpfung.

Der globale Klimawandel wird immer fassbarer. Nach diesem Winter, der keiner war, dem Anstieg des Meeresspiegels, Überflutungen auf der einen und Wassermangel auf der anderen Seite, ist glaube ich jedem klar, dass wir jetzt handeln müssen. In Deutschland und darüber hinaus.

Deswegen haben wir uns zu ehrgeizigen Klimaschutz-Zielen verpflichtet, über die ich eben gesprochen habe.

Nun höre ich manchmal, wir sollen es mit dem Klimaschutz nicht übertreiben. Da kann ich nur jedem raten: Schauen Sie sich an, was für volkswirtschaftliche Schäden erwartet werden, wenn die Erd-Erwärmung weiter voranschreitet wie bisher.

Es ist wirtschaftlich sinnvoll und notwendig, in den Klimaschutz zu investieren. Darin liegen auch Chancen für das Innovationsland Deutschland!

Wir gehören in der Umwelt-Technologie zu den Top-Ländern, diesen Vorsprung müssen wir ausbauen, damit weitere Arbeitsplätze entstehen.

2. Die globalisierte Welt.

Die Globalisierung ist für mich die größte Freiheits-Bewegung aller Zeiten.

Wie für viele Menschen in der Welt, so ist auch für uns die Globalisierung eine Chance. Eine Chance auf Wohlstand. Und eine Chance, um soziale Standards weltweit zu verbreiten.

Denn in Sachen Globalisierung gibt es nur zwei Alternativen: Wir können all unsere Kraft darauf verwenden, uns von der Welt abzuschotten. Da sage ich Ihnen, dieser Kampf ist schon heute verloren. Sehen Sie nur nach Nord-Korea.

Oder wir können unsere ganze Kraft darauf verwenden, die Soziale Markt-Wirtschaft in die Welt zu tragen. Das ist unser Weg.

Denn viele aufstrebende Volkswirtschaften werden vor ähnlichen wirtschaftlichen und sozialen Problemen stehen, wie sie Deutschland und Europa auch einmal zu lösen hatte.

Die Soziale Marktwirtschaft als Wirtschafts- und Gesellschafts-Modell hat das Zeug zum Exportschlager.

3. Die Anforderungen der Wissensgesellschaft.

Das gesamte Wissen verdoppelt sich alle sieben Jahre. Deshalb ist ganz klar, dass Lernen von Anfang an und ein Leben lang unser Bildungssystem prägen muss. Dass wir mehr Geld in Bildung und Forschung investieren müssen.

Auch hier haben wir ein ehrgeiziges Ziel: Wir wollen, dass die Forschungs-Ausgaben bis 2015 auf vier Prozentpunkte des Brutto-Inlandsprodukts anwachsen.

4. Die gefährdete Sicherheit.

Früher standen eiserner Vorhang und Wettrüsten für die Bedrohung unserer Sicherheit. Heute müssen wir uns und unsere Art zu leben vor weltweitem Terror schützen.

Früher haben wir die Bundeswehr zur Verteidigung unserer Landesgrenzen eingesetzt. Heute müssen wir die Bundeswehr außerhalb unserer Grenzen einsetzen und ihren Einsatz im Innern ermöglichen, um uns Freiheit und Sicherheit zu erhalten.

Früher sind wir in Flugzeuge gestiegen, ohne uns Gedanken zu machen. Heute ist es nötig, Wasserflaschen, Haargel und Nagelscheren abzugeben, um Sicherheit an Bord zu gewährleisten.

5. Der demographische Wandel.

Wir Deutschen werden immer weniger und zugleich älter. In einigen Jahren werden viele Ältere keine Kinder und Enkel haben. Das wird unsere Gesellschaft verändern.

Immer weniger Erwerbstätige werden für immer mehr Menschen sorgen, die aus welchen Gründen auch immer, nicht im Erwerbsleben stehen. Deshalb müssen unsere Sozial-Systeme der veränderten Situation angepasst werden.

VI. Schluss

Liebe Freunde,

es geht in der Erarbeitung des neuen Grundsatz-Programms der CDU nicht um schöne Worte. Es geht um Deutschland.

Deshalb sagen wir, was „Sache“ ist.

Die CDU steht für die historischen Weichen-Stellungen Deutschlands. Diese historischen Kraftanstrengungen haben Deutschland stark gemacht.

Mit dem vorliegenden Entwurf – dem dritten in der 60-jährigen Geschichte der CDU - haben wir unser geistiges Rüstzeug für die kommenden Jahrzehnte.

Wir bringen damit unsere Werte und die veränderte Lebenswirklichkeit zusammen! Das macht uns als Volkspartei der Mitte stark!

Der Entwurf ist optimistisch und kraftvoll. Auch das unterscheidet uns von anderen. Lesen Sie mal den Entwurf der SPD. Da bekommen Sie das Gefühl, es ist besser sie stehen morgens gar nicht erst auf. Angesichts der ganzen Gefahren, die auf sie warten.

Unser Entwurf berücksichtigt Junge wie Alte, Frauen und Männer. Er bekräftigt unsere drei Wurzeln – die christlich-soziale, die liberale und die konservative.

Der Entwurf ist liberal. Denn er bejaht Wettbewerb, Leistung und Wahlfreiheit, in Wirtschaft und Sozialsystemen genauso wie in der Bildung.

Der Entwurf ist christlich-sozial. Denn er bejaht das Bedürfnis nach Solidarität und Sicherheit und stellt den Menschen in den Mittelpunkt aller Überlegungen.

Aber der Entwurf verbindet auch beides miteinander. Denn er zeigt, dass Freiheit Sicherheit braucht und dass Sicherheit heute oft nur mit einem neuen Mut zur Freiheit zu erreichen ist.

Und der Entwurf ist konservativ. Denn er besteht darauf, dass unsere Gesellschaft weder frei noch stark und menschlich sein kann, wenn sie nicht Bindungen pflegt: in Ehe und Familie, Bindungen der Religion und durch Werte, Tugenden und Traditionen, die Bindung des patriotischen Engagements, die Besinnung auf unsere Geschichte und Kultur, auf Nation und freiheitliches Gemeinwesen.

Wir haben den Anspruch, unser Land auch im 21. Jahrhundert christdemokratisch zu gestalten. Mit diesem Grundsatz-Programm legen wir den Grundstein!

Herzlichen Dank!